

APEC-Gipfel für flexible Zollsenkungen

Eine Liberalisierung der Märkte für Computer- und Informationstechnologie bis zum Jahr 2000 nach dem Wunsch der USA und der "Aktionsplan von Manila", der unter anderem einen konkreten Fahrplan für Zollsenkungen aber auch Entwicklungshilfe der reicheren Mitgliedsstaaten für die ärmeren vorsieht, sind die wichtigsten Ergebnisse eines Gipfeltreffens der APEC (*Asian Pacific Economic Forum*) Ende November in Subic Bay, Olongapo, 90 Kilometer nördlich von Manila. Dem 1989 gegründeten Forum für Wirtschaftskooperation im pazifischen Raum gehören neben den ASEAN-Staaten auch die USA, China, Hongkong, Taiwan, Südkorea, Japan, Australien, Neuseeland, Papua-Neuguinea, Mexiko, Chile und Kanada an. Aus APEC-Ländern stammt mehr als die Hälfte der Weltproduk-

tion, sie wickeln rund 40 Prozent des Welthandels ab.

Mehrere Länder bekräftigten, für Freihandel und Zollabbau gelte das "Prinzip Flexibilität", die sehr unterschiedlichen Volkswirtschaften müßten das Tempo dieser Entwicklungen jeweils für sich bestimmen.

In die Schlußerklärung wurde auch die Forderung des philippinischen Präsidenten Ramos nach einem "humanen Gesicht" der Marktliberalisierung aufgenommen. Er verstehe darunter, daß ein "immer größerer Kuchen" erwirtschaftet werden solle, damit es mehr zu teilen gäbe. Während der, unter stärksten Sicherheitsvorkehrungen stattfindenden Konferenz, protestierten in Manila Tausende gegen Entwicklungen im Freihandel, die zu Lasten der Armen gehen.

vgl. REU 25.11.96, dpa 25.11.96

Michael Jackson Persona Non Grata

Als erster Ausländer ist in Olongapo ein Brite wegen Förderung der Kinderprostitution verurteilt worden. Der 50-jährige muß für 17 Jahre hinter Gitter. Er hatte Kinder an Sex-touristen vermittelt und war durch einen Sozialarbeiter überführt worden, der Interesse vorgetäuscht hatte. Ein Fernsichteam machte verdeckte Aufnahmen. Unabhängige Quellen schätzen, daß sich auf den Philippinen 60.000 Kinder prostituieren.

Im Zusammenhang mit dem Vorwurf des sexuellen Mißbrauchs Minderjähriger ist ein Konzert von Michael Jackson in Manila nicht willkommen, wie der Bürgermeister, Alfredo Lim erklärte. Ein solcher Auftritt laufe der Kampagne gegen sexuelle Ausbeutung von Kindern zuwider. Senatspräsident Maceda stärkte Lim, den Rücken. Er frage sich, wie viele Kids noch mehr Drogen verkaufen würden, um sich eine Eintrittskarte für das Jackson-Konzert leisten zu können.

vgl. AFP, DPA 11.10.96, AP 9.11.96

Kohl auf den Philippinen

Als erster Bundeskanzler hat Helmut Kohl Ende Oktober die Philippinen besucht. Auf dem Programm standen ein Gespräch mit Präsident Fidel Ramos und die Unterzeichnung mehrerer Wirtschaftsabkommen. So wurden drei große Handelsverträge mit einem Gesamtvolumen von umgerechnet 1,53 Milliarden Mark abgeschlossen. Außerdem will Deutschland den Bau eines Hafens in Tacloban/Leyte finanzieren und die bereits geleistete Finanzhilfe um 300 Millionen Mark erhöhen.

vgl. AFP 29.10. u. 30.10.96

Nur Misuari ist Gouverneur

Bei den Wahlen in den vier Provinzen der teilautonomen muslimischen Region auf Mindanao ARMM (*Autonomous Region of Muslim Mindanao*) ist Nur Misuari ins Gouverneursamt gelangt. Die letzten 24 Jahre war er Chef der muslimischen Guerilla MNLF (*Muslim National Liberation Front*). Anfang September hatte er ein Friedensabkommen mit der Regierung in Manila unterzeichnet, das ihn auch zum Vorsitzenden eines "Rats für Frieden und Entwicklung" designiert. Noch vor seiner offiziellen Amtseinführung gab es einen ersten Dialog mit Geschäftsleuten in Makati, Manila. Der Friedenschluß solle nun zu einer flo-

Gespräche mit MILF geplant

Ein Waffenstillstandsabkommen und anschließende Friedensverhandlungen mit der zweitgrößten muslimischen Guerillabewegung, der "*Moro National Liberation Front*" (MILF), hat die philippinische Regierung laut Präsidentensprecher Torres ins Auge gefaßt. Auch die MILF, die bisher nicht von der Forderung eines eigenen muslimischen Staats im Süden der Philippinen abgegangen war, hat überraschend ihre Bereitschaft zu Gesprächen bekundet. Die MILF hatte sich unter Hashim Salamat in den siebziger Jahren von der MNLF abgespalten. Die Zahl ihrer Kämpfer wird auf 8000 geschätzt. Nur Misuari, Führer der MNLF und neuer Gouverneur der muslimischen Region auf Mindanao

hat die Annäherung ausdrücklich begrüßt und sich einen umfassenden Frieden für Mindanao gewünscht. Während Vertreter von MILF und Regierung offenbar schon Verhandlungsvorgespräche führten, ist es seit Ende Oktober auf der Insel Basilan wiederholt zu Kämpfen zwischen Regierungstruppen und der MILF gekommen, rund 700 Zivilisten sind aus der Region geflohen.

In diesem Zusammenhang hat das militärische Hauptquartier Offizieren in der Region einen Maulkorb erteilt. Im Vorfeld der APEC-Konferenz sollte durch unbedachte Äußerungen über Kampfhandlungen kein schlechtes Image der Philippinen entstehen.

vgl. dpa 12.9.u.16.11.96, AFP 29. u.30.10.96, REU 12.9.u.11.11.96

Zulauf für Rebellen durch Militärverstöße

Hauptmotiv, sich der kommunistischen Guerilla anzuschließen, waren Grausamkeiten und Menschenrechtsverletzungen durch das Militär, das ergab eine von der Regierung in Auftrag gegebene Studie. Sie basiert auf der Befragung von 171 der insgesamt 2461 früheren NPA-Kämpfer, die amnestiert worden sind. Laut einer Studie hatten sich 95 Prozent der befragten Kämpfer gestellt, weil sie von der kommunistischen Bewegung frustriert waren, 5,3 Prozent wollten wieder mit ihren Familien zusammenleben. Als Beweggrund zur Waffe zu greifen nannten fast 75 Pro-

zent der Befragten Machtmißbrauch von Militär oder Polizei in ihren Heimatorten, bei 12 Prozent war Armut das Motiv und gut 10 Prozent gaben an, sie seien in die Berge gegangen, weil sie von der kommunistischen Ideologie überzeugt waren. Mit neuer Motivation und unter entsprechenden Bedingungen könnten die Ex-Guerillas auch wieder zur Waffe greifen, meinen die Verfasser der Studie. Auf nur noch 6000 Kämpfer schätzt die philippinische Regierung gegenwärtig die Stärke der NPA-Guerilla.

vgl. REU 8.10.96

Misuari vor, die philippinische Verfassung dahingehend zu ändern, daß die Zahl der Sitze im Senat auf 72 verdreifacht wird, um eine bestimmte Zahl an Senatorenposten für die einzelnen Regionen der Philippinen festzulegen. Derzeit hat die Insel Mindanao, auf der 30 Prozent der philippinischen Bevölkerung leben, keinen einzigen Vertreter im Senat.

Präsident Ramos gab bekannt, daß er 350 Millionen Pesos (3,3 Millionen Dollar) als Startbudget der ARMM für 1997 freigegeben habe. Für Infrastrukturmaßnahmen in der Region seien 1,1 Milliarden Pesos vorgesehen.

vgl. REU 13.9. u.20.9.96, UCA NEWS 30.9. u. 4.10.96

Ramos lehnt Verlängerung der Amtszeit ab

Einer Initiative von mehr als 1.500 Bürgermeistern, die in der Verfassung verankerte Begrenzung der Amtszeit gewählter Volksvertreter aufzuheben, hat Präsident Ramos eine Absage erteilt. Damit wies er auch Spekulationen zurück, er selbst strebe eine solche Verlängerung an, um über das Jahr 1998 hinaus Präsident bleiben zu können. Abgeordnete und Bürgermeister dürfen höchstens dreimal drei Jahre amtieren, für den Präsidenten ist nur eine einmalige Amtszeit von sechs Jahren möglich.

AP 6.10.96

Krebsangst bei Pan de Sal

Die Furcht, das Krebsrisiko durch die Nahrung zu erhöhen, hat nun auch die Philippinen erreicht. Der Umsatz des beliebten "Pan de sal", das häufig zum Frühstück gegessen wird ist um 20 Prozent zurückgegangen, nachdem eine Chemikalie als krebserregend eingestuft wurde, die die Bäcker verwenden, um die Brötchen locker zu machen.

REU 13.9.96

Neue politische Häftlinge unter Ramos

Trotz seiner Friedensbemühungen verfolge Präsident Fidel Ramos auch weiterhin politische Gegner, kritisierte die Menschenrechtsorganisation "Task Force Detainees of the Philippines" (TFDP). Derzeit sitzen nach ihrer Zählung 184 politische Gefangene in Haft. 65 von ihnen seien wegen allgemeiner Vergehen verurteilt worden, obwohl sie alle wegen ihrer politischen Tätigkeit festgenommen worden seien. Von den Verurteilten hätten 32 ihre Strafe seit Ramos' Amtsübernahme erhalten. 99 der 119 Angeklagten, denen der Prozeß noch bevorsteht, seien unter der Regierung Ramos festgenommen worden.

vgl. AP 29.10.96

Neue Kredite

Darlehen in Höhe von 1,2 Mrd. Dollar hat die Weltbank der philippinischen Regierung zugesagt. Die Gelder sind für Bildung und Armutsbekämpfung sowie für "Projekte des Ausgabenmanagements der öffentlichen Hand" bestimmt. Die Weltbank wolle, so ein Sprecher, die Bemühungen der Regierung um eine gleichmäßigere Verteilung der Gewinne des Wirtschaftswachstums vor allem in den ärmeren Sektoren des Landes weiter unterstützen.

Von der Asiatischen Entwicklungsbank werden die Philippinen 222 Mio. US\$ für den Ausbau der Infrastruktur erhalten. Das Darlehen ist Teil eines umfassenden Projekts für den Verkehrsnetzausbau.

REU27.9.96, AP 1.10.96

Gegengipfel zu APEC bricht Protestkonvoi ab

Um blutige Zusammenstöße mit dem riesigen Polizeiaufgebot zu vermeiden, haben die Organisatoren eines Protestkonvois mit rund 7000 Teilnehmern, die zumeist in Jeepneys reisten, die Fahrt 20 Kilometer vor dem Ziel Olongapo, dem Ort des APEC-Gipfels, abgebrochen. Der Chef der Polizei-Spezialeinheit hatte erklärt, er sei entschlossen, die Demonstranten mit allen Mitteln zu stoppen.

Eine der großen NGO-Parallelveranstaltungen zum Gipfeltreffen, das viertägige "Manila People's Forum on APEC" forderte in einer Abschlusssdeklaration die Regierungen auf, Prioritäten zu setzen bei der Bekämpfung weiblicher Armut, soziale und wirtschaftliche Rechte zu gewährleisten, Kinderarbeit und -prostitution zu stoppen, Arbeiter und Fremdarbeiter rechtlich abzusichern und Umweltschutz ernst zu nehmen.

Bereits einen Monat vor der Konferenz hatte die philippinische Regierung ihr interna-

tionale Aufmerksamkeit verschafft, indem sie rund Hundert Teilnehmern aus dem Ausland die Einreise verweigerte, darunter auch prominenten Personen wie dem diesjährigen Friedensnobelpreisträger Ramos-Horta aus Osttimor, dem südafrikanischen Bischof Desmond Tutu und Danielle Mitterand.

Entgegen der Beteuerungen des Präsidenten, gegenüber innenpolitischen Kritikern des Gipfeltreffens größte Toleranz walten zu lassen, wurde wenige Tage vor Beginn der prominenten linke Politiker Filemon Lagman, Vorsitzender des BMP (Coalition of Filipino Workers) festgenommen. Lagman wird vorgeworfen am Mord von Polizisten beteiligt gewesen zu sein, aus diesem Grund war er bereits 1994 in Haft und wurde freigelassen. Seine Organisation soll geplant haben, durch Streiks in Hotels, den Ablauf des Gipfels zu stören.

vgl. AFP 27.10.96, REU 22.10., 12.11., 25.11.

Sison nennt Bedingungen für Rückkehr

Der Gründer der Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP) José Maria Sison hat nun Bedingungen für eine Rückkehr in die Philippinen genannt. Wenn die Regierung den Opfern der Marcos-Diktatur zu Entschädigungen helfe und die Menschenrechtssituation im Lande ver-

bessere, könne er auf die Philippinen heimreisen. Sison ist seit einem Ausweisungsurteil im Juli dieses Jahres in seinem niederländischen Exil nur noch geduldet und war verschiedentlich von philippinischen Politikern aufgefordert worden, doch zurückzukehren.

vgl. REU 23.9.96

Einzelhandel fürchtet Öffnung für ausländische Onvestoren

Heftige Debatten hat das Gesetzesvorhaben ausgelöst, nach der Telekommunikation und dem Bergbau auch den philippinischen Einzelhandel für ausländische Investoren zu öffnen. In den letzten 40 Jahren war dieser Bereich von Liberalisierungsmaßnahmen immer ausgenommen worden.

Gegner der Öffnung wie Nicano Perlas vom "Zentrum für Alternative Entwicklung" fürchten eine Verdrängung der kleinen und mittelständischen Unternehmen. Vertreter der Einzelhandelsketten wiesen darauf hin, daß der harte Wettbewerb ohnehin schon zur niedrigsten Bruttogewinnspanne der Region geführt habe. Befürworter sehen in der Marktöffnung eine logische Folge der Globalisierung und erhoffen durch mehr Konkurrenz auch verbesserte Qualität und neue Arbeitsplätze.

vgl. ADN 26.8.96

Bald Reintegration von Fremdarbeitern nötig

Wie zahlreiche andere arme asiatische Länder haben die Philippinen mit Erleichterung auf einen Beschluß der Vereinigten Arabischen Emirate reagiert, den etwa 200.000 illegal im Land lebenden Fremdarbeitern mehr Zeit zu geben, sich ein Visum zu besorgen. Davon betroffen wären auch rund 10.000 Filipinos. Die philippinische Regierung entwickelt Programme für Auslandsheimkehrer, um ihnen zu neuen Auslandsjobs zu verhelfen oder sie in der heimischen Wirtschaft zu integrieren. Eine Rückkehrerwelle könnte dem Land Mitte nächsten Jahres ins Haus stehen, wenn Hongkong der Volksrepublik China zugeschlagen wird. In Hongkong arbeiten zur Zeit rund 140.000 philippinische Frauen als Hausmädchen, 7 Milliarden Dollar werden dieses Jahr von philippinischen Migranten in ihre Heimat zurückfließen, im Jahr 1995 waren es 4.9 Milliarden.

REU 29.9.96

- Anzeige -

FORUM
entwicklungspolitischer
Aktionsgruppen
Zeitschrift des BUKO

Nr 206/96
September

Bestelladresse:
Redaktion FORUM
Buchtstr. 14/15
28195 Bremen
Tel.: 0421-32 51 66
Fax: 33 78 177

Urbane
Gemeinheiten

Stadtentwicklung und
urbane Kämpfe

und: Rassismus, Ökologie,
Kultur, Chiapas, Medien-
börse, Termine u. v. m.

7,- DM

Nr. 204/205 (Juli) Chiapas, 9,- DM
Nr. 207/208 (November):
Frauen und Politik in Afrika, 9,- DM